

12. Jänner  
für Wien  
Mittagsblatt 8 Heller.  
Abonnementsbedingungen:  
Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
Wöchentlich 70 H.,  
monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—,  
für Abholen in den Filialen, in allen  
Lokal-Verkäufen und Vertriebsstellen:  
Monatlich K 3.—.  
Provinz und Ungarn:  
Monatlich K 3.40, vierteljährlich K 10.20  
bei freier Zustellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljährlich K 14.40.  
Für alle anderen dem Weltpostverein  
angehörigen Länder: Vierteljährlich K 18.—.  
Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Reichs-  
Anzeiger 97, und in den Filialen:  
I. Schulterstraße 19, Telefon 9191  
II. Baumgartengasse 20, Tel. 40228  
X. Wollanplatz 5, Telefon 68944  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126  
XVI. Alandgasse 24, Telefon 34146  
XVII. Sadnergasse 22, Telefon 17176  
XXI. Angereckstraße 14.  
Für die an fremde Austräger oder  
Verkaufsstellen bezahlten Beträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offen: Reklamationen sind kostenlos.

# tung

erreich.  
nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

## Das Versagen des Ernährungsdienstes.

Wir hatten soeben eine halbe Woche Ernährungsdebatten im Abgeordnetenhaus; aber es steht schlechter als je. Wir sind wieder des besten Willens der Regierung versichert worden, sehen aber nichts als den Mangel jeden Erfolges. Die Sorgen der Regierenden wachsen von Woche zu Woche, die Entbehrungen der Massen von Tag zu Tag. Wie immer, wenn man ratlos ist, ruft man nach mehr Energie; gleich aber haben wir einige Dugend Reden anhören müssen, daß sich die Erzeuger und die Händler mit Lebensmitteln schikaniert fühlen und die Zentralen, die den Ausbringungs- und Verteilungsdienst für alle Bedarfsartikel besorgen, schmähern und vermühsen, weil sie die süße „Freiheit“ des Wirtschaftens beeinträchtigen. In solcher Laune soll in der größten Bedrängnis der Allgemeinheit Abhilfe gesucht und geschaffen werden! Eine überberatene und oberflächliche Regierung hat es zugelassen, daß die öffentliche Meinung über die Notwendigkeit des strengsten Zwanges hinweggetäuscht wird, hat selbst jenen, die sich gegen wahrlich geringe Opfer aufzulehnen begannen, liebevoll nach dem Munde geredet, hat die Landwirte mit tausendfachen Vorbehalten, die Handelswelt mit ewigen Rücksichten verwöhnt und die Organe der Ausbringung den Schmähern vogelfrei ausgeliefert, hat die bürgerliche Presse ermutigt, in gewissenloser Schönfärberei die oberen Gesellschaftsschichten und die Verwaltung selbst einzulullen. Sie hat den Ernährungsdienst moralisch entkräftet und der Bevölkerung selbst den Ernst der Lage, den harten Zwang zu Opfern ausgerebet. Nun stehen wir vor den Folgen, nun sind wir ratlos!

Nicht umsonst hat man in allen kriegsführenden Staaten von einer Ernährungsdictatur gesprochen, nicht umsonst den Träger dieses Amtes fast überall von allen bürokratischen und rechtlichen Hemmnissen befreit, nicht umsonst von den Verstrickungen der Ressortstreitigkeiten losgebunden. Bei uns hat man das Ernährungsamt bürokratisch verkrüppelt, zum Prügelknaben des Ackerbauministeriums bestimmt, als Zentralstelle mindesten Manges unter die Ministerien gesetzt. Das allein war nicht genug. Jeder neue Ministerpräsident bekräftigte die Volksernährung als Lummelplatz dilettantischer Versuche und warf längst gereifte Pläne durch allerneueste Einfälle um. Als die Absichten auf ein systematisches Fleischregime eben reiften, trat Clemens-Martinic mit seiner Aktion „Volksfleisch für Minderbemittelte“ auf und untergrub durch die Art, wie er sie ins Leben rief, jede Möglichkeit, die tierischen Nährstoffe systematisch zu bewirtschaften. Als die ordnungsgemäße Anbringung und Verteilung der Kartoffeln schon eingeleitet war, kam Ministerpräsident Seidler und riß sie in Stücke. Das sind nur die hervorstechendsten Fälle des hochmögenden Dilettantismus, der den Ernährungsdienst niemals zur Ruhe kommen ließ. Statt einer einheitlichen Diktatur ertragen wir eben allerhand widersprechende Experimente.

Aber selbst ohne diese wohlmeinenden Störungen hätte der Ernährungsdienst, wie er ist, seine Aufgabe nicht lösen können; das Unheil kam nicht nur von außen, es sitzt tief innen. Niemand hat man das eine große Ziel mit jener Ausschließlichkeit verfolgt, die den Erfolg allein hätte verbürgen können, das eine Ziel, die Gesamtheit so gut als möglich durchzubringen und daher möglichst gleichmäßig zu ernähren, alle anderen Rücksichten aber zurückzustellen. Dieser Ausschließlichkeit hat sich der reichsdeutsche Ernährungsdienst wohl jederzeit besleißigt und das Ziel der Gleichheit immer vor Augen behalten. Bei uns aber überwogen vom Anfang an immer die Rücksichten auf Nebenwecke. Man trieb so nebenher Grundbesitzer- und Bauernpolitik: die erste Verordnung vom Februar 1915 wagte nicht, von Beschlagnahme der Bodenfrüchte zu reden, und half sich mit einer erfolglosen Sperre, damit der Eigentumsstolz der Bauern nicht gekränkt werde — aber im Sommer mußte man doch beschlagnahmen. Im Herbst 1916 verbeugte man sich tief vor den Vorbehalten der Selbstversorger, vor ihren hohen Nationen und verwehrte sich vor allen Zwangsabsichten — im Früh-

jahr 1917 mußte man doch die Nationen herabsehen und mit militärischer Assistenz requirieren. Noch in diesem Herbst scheute man zurück, die Brotfrucht sofort energisch zu fassen — und jetzt wird man noch zu ganz anderen Dingen gezwungen sein als im Frühjahr. Dieses Verhalten ist das allgemeine Muster geworden: Erst scheut man sich, mit dem Geleß zu fordern, bis man endlich mit Bajonetten holen muß, weil kein anderer Ausweg mehr ist.

Und so hat man statt Mehl- und Brotpolitik drei Jahre Mäcker- und Bäckerchutzpolitik getrieben; man hat lange Zeit die Brotfrucht auf viele unkontrollierbare Kleinmühlen verzettelt, während Deutschland sofort alle Mühlen mit weniger als drei Waggons täglicher Mahlfähigkeit stillgesetzt hat; man hat die Kleinbäcker, die schon längst nicht mehr Schwarzbrot gebacken haben, um möglichst viele Meister im Gewerbe und fern von der Front zu halten, wieder zu Schwarzbäckern gemacht. Damit alle diese teuren Gewerbsinhaber auch verdienen können, hat man den Mäcker- und Backlohn natürlich höher setzen müssen, so daß natürlich die Großbetriebe beträchtliche Gewinne erzielten, Mehl und Brot aber entsprechend teurer kamen. So hat man statt Ernährungspolitik eben Gewerbspolitik getrieben; im letzten Erfolg doch wieder umsonst, denn infolge der langen Dauer des Krieges sind die meisten Kleinbetriebe doch zusammengebrochen und die Meister doch einberufen worden.

So bei der Ausbringung und Erzeugung, aber nicht anders bei der Verteilung. Nicht die rascheste, gerechteste, billigste Verteilung, nicht die mindeste Verzettlung und Verschleppung der Ware war das Ziel, sondern die Heranziehung der „legitimen“ Händler und womöglich die Ausschaltung der verhassten Konsumvereine. Tausendfältige und ganz unbestrittene Erfahrungen beweisen, daß der Privathandel die Waren verkrümelt, nur an die „bessere“ Kundschaft bringt und in vielen Fällen gradaus verschleppt oder dem Kettenhandel zuführt. Nichtsdestoweniger wurde alles aufgeboten, um statt Ernährungs- ein wenig Mittelstandspolitik zu machen. Im Erfolg natürlich wieder umsonst. Denn der Händler, der sich an die Preisfestsetzungen redlich hielt, ging mit den Jahren doch zugrunde, und also hatte man nichts erreicht als die Unlese der gerissensten Vertreter dieses Berufes. Trotz dieser Erfahrungen wurden erst in der jüngsten Zeit Zucker, Petroleum und selbst die Volksbekleidungsstoffe wieder in das Danaïdenschiefel des sogenannten legitimen Handels hineingepreßt, wo beträchtliche Mengen verschwinden wie der Zwirn, der allerdings im Handel von Mann zu Mann zu zehn- und hundertfachem Preise wieder auftaucht.

Allerlei Nebenpolitik hat man gemacht, nur nicht Ernährungspolitik.

In Deutschland war der Vieh- und Fleischverkehr längst geregelt, als man sich bei uns noch beharrlich gegen jede Ordnung sträubte. Die Viehhändler und die Viehverwertungsunternehmungen sind doch auch „legitim“ und also mußte man sie verdienen lassen. Erst als die Preise ins Unersehliche gewachsen waren, griff man ein. In Tirol und Vorarlberg, wo die Südwesterarmee eigenmächtig eingegriffen und die Preise niedrig gehalten hatte, bemühte sich das Ackerbauministerium selbst, die Preise hinaufzubringen, offenbar damit der dort gelungene Versuch seine Behauptungen von der Undurchführbarkeit einer Regelung nicht Lügen strafe. Eine Reihe von Städten, auch das Land Vorarlberg, hatte die unverhältnismäßigen Fleischergewinne beseitigt, indem sie die Lohnschlachtungen obligatorisch einführten. In Wien aber betrieb man Fleischpolitik. Die großen Speisewirtschaften zogen das meiste Fleisch an sich und zahlten es um jeden Preis — man erklärte sich außerstande, das abzustellen, obschon es an vielen Orten längst abgestellt ist; man machte eben Gastwirtspolitik statt Ernährungspolitik. In den Kriegsküchen, selbst in den Werkstätten der Arbeiter, macht man für das Mehl, das in den Speisen mitverköcht ist, Mehlfartenabzüge — aber bei den Speisewirtschaften und vornehmen Restaurants nicht. Der Vermögende muß eben die Möglichkeit haben, doppelt zu konsumieren, daheim und im Restaurant. Wenn aber in den Speisewirtschaften beinahe schrankenlos konsumiert wird, so macht die Stadt auf den Fremden nicht den tristen Eindruck wie etwa Berlin — man macht also Prestigepolitik,